

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

201 (4.9.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 80 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, 3.07 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Verleger: H. Vogel, Karlsruhe, Adlerstraße 42.</p>	<p>Redaktion: H. Vogel, Karlsruhe, Adlerstraße 42.</p>	<p>Verantwortlich: H. Vogel, Karlsruhe, Adlerstraße 42.</p>	<p>Verantwortlich: H. Vogel, Karlsruhe, Adlerstraße 42.</p>	<p>Verantwortlich: H. Vogel, Karlsruhe, Adlerstraße 42.</p>
---	--	---	--	--	--

Die Nationalliberalen und die indirekten Steuern.

Die „Freisgauer Zeitung“ hat ihre „um einige Notizen liberalere“ Politik mit einer Gehäuftheit gegen das Zentrum eingeleitet, die dem Blatt von einem „religiös gemäßigten Katholiken“ — ist das kein Lob? — kein Mißbrauch der Religion? — geschrieben werden. Was hier an demagogischer Verheerung geleistet wird, geht schon ins Adgrau. Die Artikel verraten eine große Portion Unflugsucht, denn in allen Ecken und Enden schaut ihnen die nationalliberale Heuschrecke aus dem Löcherigen Parteihaum. Der „Freisgauer“ hat nun in einem ausgesprochenen Artikel an Hand von Ausführungen nationalliberaler Redner die ganze Heuschrecke der „Freisgauer Zeitung“ in das gebührende Licht gerückt. Wir entnehmen dem Artikel folgendes:

Die geradezu polizeiwidrig demagogische Verfälschung dieser Artikel dabei verfährt, zeigt er im zweiten mit einer förmlich abschredenden Deutlichkeit; er kommt dabei auf den Zolltarif zu sprechen und schreibt u. a.:

„Das Zentrum, die wahre Volkspartei“, trat in erster Linie wieder ein für die Vertretung der notwendigen Lebensmittel des Volkes und reichte den maßlosen Grobpartagariern die Fäden der Interessen des Volkes die Hand.“

„Der Zolltarif kam mit Erhöhungen für Brotgetreide und mit der unauflösbaren Erhöhung der Volksernährung. Das Zentrum in seiner Volkstreu und dem Grobpartagariern die Fäden gefüllt. Das Volk wurde teurer und schlechter, die Brote und Wärschen immer kleiner und wenn in den letzten Regenten ein Krieg über Deutschland gekommen wäre, wäre unser Volk vor einer Hungersnot gestanden. Dabei ist aber der Bauerntand nicht gehoben worden, sondern beständig gesunken, trotz der Versprechungen und der „Bauernfreundlichkeit“ des Zentrums.“

Wenn ein sozialdemokratisches Organ eine solche Sprache führt, so kann es sagen: Die Sozialdemokratie hat im Reichstag die Zolltarifpolitik bekämpft. Wenn aber ein „nationales“ und „liberales“ Blatt mit solchen Verkünderungen den politischen Gegner bekämpft, so ist das eine Heuschrecke, die den Gipfel der Unwahrscheinlichkeit erreicht hat. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die Schutzpolitik nicht nur vom Zentrum und den Konserverativen, sondern auch von der nationalliberalen Fraktion des Reichstags unterstützt wurde. Warum richtet die „Freisgauer Zeitung“ ihre unqualifizierbaren Angriffe nur gegen das Zentrum? Warum verschweigt sie, daß die Nationalliberalen im Jahre 1902 mit dem Zentrum und den Konserverativen den Zolltarif zur Verabschiedung gebracht haben? Eine ehrliche, anständige Kampfesweise ist das nicht!

Im dritten Artikel greift die „Freisgauer“ die „Zentrum“ an seiner Haltung zur Reichsfinanzreform, vor allem zu den indirekten Steuern, an. „Hittlicher Entrüstung“ schreibt das liberale Organ:

„Das arme Volk kann jetzt bluten unter der Ackersteuer, Biersteuer, Branntweinsteuer, Tabaksteuer, Kaffee- und Teesteuer, Hundsteuer.“

In solcher Weise darf nur jemand schreiben, der prinzipiell die indirekten Steuern bekämpft. Das hat aber die nationalliberale Partei für deren Interessen die „Freisgauer Zeitung“ doch jedenfalls nach wie vor eintritt, noch niemals getan! Im Gegenteil! Wäre es nach dem Willen der nationalliberalen Partei gegangen, so wären die indirekten Steuern noch häufiger ausfallen.

Am 21. Oktober 1908 fand hier in Freiburg eine Versammlung statt, in welcher sich ein Redner wie folgt äußerte:

„Ich halte dafür, daß bei der kommenden Reform Bier, Tabak und Branntwein sehr wohl noch eine Belastung tragen können, vor allem aber der Tabak. Die Tabakindustrie ist feilich einfallend auch diesmal wieder eine große Agitation, die deshalb besonders gefährlich ist, weil die Tabakindustrie viel Geld haben und viel Geld für ihre jetzige Agitation ausgeben. Aber man muß einmal auf andere Länder blicken, wie dort der Tabak zur Steuer herangezogen wird. Die Klagen über den zurückgehenden Konsum nehme ich nicht ernst. Bei den Menschen ist das Geld nie so locker als für Luxusausgaben; irgendwelche Beschränkungen wird man sich also auch bei einer höheren Steuer nicht auferlegen. Wenn Bier könnte man etwas weniger, aber beim Tabak sollte man schon recht tüchtig hineingreifen und man kann nicht verstehen, daß man nicht auch in Deutschland ebenfalls aus dem Tabak herauswirtschaften kann, als wie in der Schweiz, in Oesterreich, Frankreich und anderen Ländern.“

Der nationalliberale Abgeordnete Lehmann war es, der diese Worte sprach. Etwa 14 Tage später fand in Heidelberg eine nationalliberale Versammlung statt, in welcher der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Beck u. a. ausführte:

„Die nationalliberale Partei meint, daß einerseits indirekte Steuern auf den Massenkonsum nötig sind. Den Widerstand gegen eine Mehrbelastung des Tabaks verheißt sie mich ja nicht und die Partei wird sie auch nicht zurückstellen, so lange und soweit sich andere Möglichkeiten für die Finanzreform bieten. Schließlich aber müssen bei der schreienden, lärmenden Not die Einzelinteressen sich der Gesamtheit unterordnen.“

Wiederum zwei Wochen später erklärte der nationalliberale Fabrikant Feder in einer nationalliberalen Versammlung zu Weinheim:

„Ich bin der Ansicht, daß Branntwein, Tabak und Bier wesentlich mehr herangezogen werden können. In Deutschland bringt der Tabak nur etwa 80 Millionen auf. Man faßt gewöhnlich, wenn ein Objekt stark gesucht werde, trete ein großer Konsumrückgang ein. Bieleicht ein oder zwei Jahre, dann geht es wieder in die Höhe. Der Konsumrückgang ist aber trotz der alten Steuern um 63 Prozent gestiegen. Das ist auf den Fortschritt des Wohlstandes zurückzuführen. Ich hoffe, daß der Reichstag ganz energisch eingreife wird.“

Am 21. November 1908 erklärte der Abg. Dr. Passche im Reichstag namens der nationalliberalen Fraktion:

„Wenn es sich nun jetzt darum handelt, viele Hunderte von Millionen aufzubringen, so wird man freilich den alten Standpunkt, den wir früher bei der Flottenvorlage noch vertreten haben, daß nicht Gegenstände des Massenkonsums verteuert werden sollen, nicht aufrecht erhalten können. Wenn es sich um einen Bedarf von wenigen Millionen handelt, kann man versuchen, ihn durch kleine Steuern zu decken, wie wir sie selber Gottes so viel geschaffen haben, kleine Steuern, die nur wenige Millionen oder gar nur Hunderttausende einbringen, als Abgeltung empfinden werden und Unzufriedenheit schaffen. Bei großem Bedarf wird man an die Massenartikel, die einbehaltlichen Gegenstände heranziehen müssen. Das Bier, Branntwein und Tabak sind umgangen werden können, das ist — vielleicht mit Ausnahme der Sozialdemokratie, ich habe nicht genau darauf geachtet — wohl von allen Seiten des Hauses zugefanden.“

Am 20. Mai hielt der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei in Berlin eine Sitzung ab. Dabei wurde eine Resolution angenommen, in welcher es u. a. hieß:

„Der Zentralvorstand stellt einmütig auf dem Boden der Anschauung der Fraktion, daß angesichts der Wichtigkeit und des Ansehens des Reiches schwer schädigenden nicht länger ertragbaren Finanznot eine Mehrbelastung der Massenkonsum- und Verbrauchsartikel um annähernd 400 Millionen unumgänglich und auch erträglich ist, unter der Voraussetzung, daß weitere 100 Millionen auf den Besitz gelegt werden.“

Nach am 25. Juni 1909 gab der nationalliberale Abg. Wassermann im Reichstage folgende Erklärung ab:

„Wir, die nationalliberale Reichstagsfraktion, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir bereit sind, 400 Millionen indirekter Steuern, darunter 250 aus Branntwein, Bier und Tabak zu bewilligen.“

Während die verbündeten Regierungen in ihrer Bedarfsrechnung selbst nur von 350 Millionen Konsumsteuern sprachen, waren die Nationalliberalen bis zum letzten Augenblick bereit, neben 100 Millionen Verbrauchssteuern den Massenkonsum mit 400 Millionen Mark zu belasten. Branntwein, Bier und Tabak sollte allein mit 250 Millionen Mark „bluten“, um mit der „Freisgauer Zeitung“ zu sprechen. Das Zentrum, die konserverativen Parteien, die Polen und die Wirtschaftliche Vereinigung befräkten die neue Mehrbelastung des Konsums auf 310 Millionen Mk. Das sind 90 Millionen Mark weniger, als die Nationalliberalen an indirekten Steuern bis zuletzt bewilligen wollten.

Angesichts dieser offenliegenden Tatsache, angesichts des warmen Eintretens der Nationalliberalen für indirekte Steuern, gehört ein geradezu trauriger und erbärmlicher liberaler Mut dazu, das Zentrum deshalb zu verläutern und zu verleumdern, weil es für neue Konsumsteuern eingetreten ist. Die Art und Weise aber, wie die liberale „Freisgauer Zeitung“ das Zentrum bekämpft, hat geradezu den Gipfel der Unverfrorenheit, Heuschrecke und Demagogie erreicht; eine sozialdemokratische Zeitung könnte die Volksverhetzung nicht besser treiben, als es in den Artikeln der „religiös gemäßigten Katholiken“ in der „Freisgauer Zeitung“ geschieht.

Das liberale Organ macht sich in der gestrigen Nummer noch das billige Vergnügen, allerlei Zentrumstimmungen zu sammeln, die sich gegen neue indirekte Steuern ausgesprochen haben. So werden Auslassungen der Abgeordneten Windthorst, Vieber und Erzberger, der Zentrumskorrespondenz und verschiedener Flugblätter angeführt. Solche Stimmen müssen aus den Verhältnissen heraus beurteilt werden. In der von Mitgliedern der Zentrumsfraktion herausgegebenen Schrift „Zentrum und Reichsfinanzreform“ wird hierüber mit Recht bemerkt:

„Die Gegner des Zentrums sind jetzt eifrig damit beschäftigt, die Reden früherer und jetziger Abgeordneter nachzulesen und finden dann manche Stellen, die gegen die Erhöhung indirekter Steuern lauten. Manche dieser Auslassungen Windthorst, Huene, Schorlemer und Vieber liegen bis zu 22 Jahren zurück. Vor 15 und mehr Jahren aber waren die Verhältnisse bei uns ganz anders; das Reich hatte nicht die großen Ausgaben wie heute. Unsere gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert und zwar infolge der rasch wachsenden Bevölkerung und der zunehmenden industriellen Entwicklung des Reiches. Solche Auslassungen müssen stets nach den Verhältnissen und der Zeit beurteilt werden, in denen sie gehalten sind. Wenn bei den letzten Wahlen sich Zentrumsgegner gegen neue indirekte Steuern ausgesprochen, so ist zu bemerken, daß damals niemand auch nur a h n konnte, daß man 1909 über 400 Millionen Mark neue Einnahmen nötig haben werde; man rechnete höchstens mit 100 Millionen Mark und diese sind

dem Besitze aufgeladen worden. Gerade durch die Finanzmishandlung der Blodmehrheit sind so viele neue Steuern erforderlich geworden; das feste Bewilligen der Mehrheit zwang einfach zur Annahme neuer indirekter Steuern. Gätte das deutsche Volk 1907 eine andere Mehrheit in den Reichstag gewählt, dann wäre tatsächlich diese Erhöhung der indirekten Steuern nicht eingetreten, so wie es Zentrumsgegner schon in der Wahlbewegung sagten. Jetzt aber mußte das Zentrum für Ordnung sorgen, nachdem die Liberalen das Reich an den Abgrund geführt hatten.“

Das letztere ist nur zu wahr! Im ersten Blockjahr 1907 wurden die Reichsschulden um 250 Millionen, im zweiten wiederum um 250 Millionen und im dritten um 200 Millionen Mark vermehrt. Dazu kamen noch die Millionen von gestundeten Matriculabeiträgen, ferner ein Fehlbetrag im Etat für das Jahr 1908 von 140 Millionen Mark; für das Jahr 1909 beträgt das Defizit 122 Millionen Mark.

So skandalös wurde noch niemals von einer deutschen Volksvertretung gewirtschaftet als in der Blockära. Es wurde einfach in den Tag „hineingewürfelt“ ohne für die nötige Deckung zu sorgen. Die damalige Situation könnte nicht drastischer beleuchtet werden, als durch eine Neuerung des freijüngigen Abgeordneten Schrader auf einem freijüngigen Parteitage, die dahin ging:

„Dem Reichstag ging inzwischen die Nobelle zum Borjenseh und das Reichvereinsgesetz zu, aber auch ein Etat mit ungeheuren Ausgaben, für deren Deckung nicht gesorgt war. Es wurde kein ernsthafter Versuch gemacht, die Mittel zu beschaffen. Sowie ich weiß, ist in Norddeutschland in den Unterhaltungen des Fürsten Bismarck den Reichstagsabgeordneten nahegelegt worden, damit zu warten. Soweit ich mich entsinne, ist es noch niemals passiert, daß ein Etat mit so großem Defizit dem Reichstag vorgelegt worden ist, ohne daß auch nur ein Versuch gemacht wurde, für Deckung zu sorgen. Was die Regierung uns vorlegte, war also nicht schön.“

Es war ein jämmerlicher und erbärmlicher Zustand, den der „nationale“ Block dem deutschen Volke bereitet. Die schon vor zwei Jahren erforderliche Befriedigung unserer Finanzen mußte immer wieder verjohoben werden, nur weil die Blockpartei nicht einig werden konnten. Das kostete das deutsche Volk hunderte von Millionen. Der Block, in dem die nationalliberale Partei befanntlich die erste Violine spielte, trug auch kein Bedenken, die verpöbende Aufpeisung der Reichsbeamten immer wieder auf die lange Bank zu schieben. Als dann der „Block“ jämmerlich in die Brüche ging und die Liberalen die Interessen des Vaterlandes völlig außer acht ließen, da war es das Zentrum, das mit den Parteien der Rechten den Karren aus dem Sumpfe zog und unserer Reichsfinanzalamität ein Ende bereiteite. Das war sicherlich keine dankbare Arbeit. In einer ruhigeren Zeit wird man dem Eingreifen und dem waderen Mitarbeiten des Zentrums nur Anerkennung zollen! Doch angesichts unserer ungeheuren Schuldenlast, angesichts des Zusammenbruchs, das unser Etat bot, reich dem Uebel abgeholfen werden mußte, lag auf der Hand. Es wird ein ewiger Schandfleck für die nationalliberale Partei bleiben, daß sie in einer kritischen Zeit die Mitarbeit an einem hervorragenden nationalen und patriotischen Werke eingestellt und die Interessen der Partei über das Wohl des Vaterlandes gestellt hat. Diese Umstände muß man in Betracht ziehen, wenn man die Haltung des Zentrums bei der Finanzreform, vor allem auch in der Frage der indirekten Steuern zu würdigen sich bemüht. 500 Millionen Mark Steuern für das Reich aufzubringen, ist ohne eine beträchtliche Belastung des Massenkonsums ein Ding der Unmöglichkeit. Das Zentrum war bemüht, soweit als möglich diese Belastung zu vermeiden; der Erfolg blieb auch nicht aus. Wäre die Reichsfinanzreform unter entscheidender Mitwirkung der Liberalen verabschiedet worden, so wäre der Massenkonsum mit mindestens 400 Millionen Mark belastet worden. In dieser Tatsache wird der „religiös gemäßigten Katholiken“ der „Freisgauer Zeitung“ nicht rühteln können.

Im übrigen sei die „Freisgauer“ noch an folgendes erinnert. Im Jahre 1909 erklärten sich die Nationalliberalen in offizieller Form bereit, 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen. Bei den Wahlen sangen sie damals ein anderes Lied. Damals wurde liberalerleits bestritten, daß neue Steuerforderungen kommen würden; so erklärte am 6. Januar 1907 der nationalliberale Abgeordnete Wassermann im Anschlusse an Auslassungen einer Broschüre des Abg. Erzberger, der sich damals gegen neue Verbrauchssteuern wandte, in der ersten Wahlrede in seinem neuen Wahlkreise u. a.:

„Weiter spricht Herr Erzberger auch von neuen Steuern. Das wird ja immer gesagt, wenn Wahlen kommen. Man spricht von einer Bier- und Tabaksteuer. Da kann ich erklären: die Tabaksteuer ist seit einer Reihe von Jahren im Reichstag aus den verschiedensten Bedenken heraus, auf die ich hier nicht eingehen will, nicht durchzusetzen gewesen; eine Biersteuer haben wir schon gemacht, und ich glaube, daß im Reichstag kein Mensch daran denkt, heute neue Steuern zu bewilligen, nachdem wir mit schweren Mühen unter großen Kämpfen und zum Teile unter sehr stark abfälliger Kritik unserer eigenen Wähler die Reichsfinanzreform gemacht haben. Deren Resultate werden wir zunächst abwarten, und es kann Jahre dauern, bis wir die notwendigen Erfah-

ungen gesammelt haben, was die neu beschlossenen Gesetze einbringen. Man sagt ja, es wird nie mehr gelogen, als bei der Jagd und bei Wahlen (weiter), das trifft auch auf das Steuerwesen zu.“

So sprach man vor den Wahlen 1907. Nach den selben stellten sich die Nationalliberalen bereit, mehr indirekte Steuern zu bewilligen, als selbst die Regierung forderte. Wenn wir uns die Sprache des „religiös gemäßigten Katholiken“ in der „Freisgauer Zeitung“ aneignen würden, könnten wir von einem „schamlosen Wählerbetrug“ der Nationalliberalen sprechen!

Die um einige Notizen liberalere Politik der „Freisgauer Zeitung“ ist ganz auf den Ton gestimmt, den man sonst aus der sozialdemokratischen Presse vernimmt, und darauf geht auch die ganze heuschreckische Schimpffanonade hinaus, die liberale Presse für das Bündnis mit der Sozialdemokratie reif zu machen, jedes Stäubchen des gemäßigteren Liberalismus, den Herr Straub kultiviert, auszuklopfen. Nur zu! Die Saat, die die „Freisgauer Zeitung“ sät, wird aufgehen; es wird aber der nationalliberalen Partei nicht vergönnt sein, hier zu ernten, ein anderer ist's, der sät, ein anderer, der erntet! Dieser andere ist die Sozialdemokratie!

Deutschland.

Berlin, 4. Sept. 1909.

— Wenn der Block nützte, das sagt uns die neueste Septemberrummer der Zeitschrift des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; sie nennt sich: „Am deutschen Reich“ und schreibt u. a.: „Der tiefe Wismut, der infolge des entscheidenden Sieges der agrarisch-heraldischen Freiheit in dem am 13. Juli geschlossenen deutschen Reichstage und infolge der brutalen Art, in der diese Mehrheit ihren Willen gegen den Widerspruch der Regierung und unter Wühachtung zahlreicher Proteste der durch neue Kosten Bedrohten, weite Kreise des deutschen Volkes erfüllt hat, mußte auch die Herzen der Deutschen jüdischen Glaubens erschüttern. Dieser Erfolg der Reaktion mußte sie nicht nur als Steuerzahler betrüben, da sie einen großen Teil der Lasten zu tragen haben, die von den Schultern der Agrarier auf die breitesten Schichten der deutschen Bevölkerung abgewälzt worden sind, sondern auch, weil sie seit Jahren auf die Erfüllung berechtigter Forderungen vergebens harren, die bei einer agrarisch-heraldischen Mehrheit im deutschen Reiche natürlich unmöglich ersäheint.“ Wir können diesen Schmerz nachfühlen; denn bei der Blockfinanzreform ging das mobile Kapital, das sich in jüdischen Händen befindet, ganz leer aus! Jetzt aber muß es 110 Millionen Mark im Jahr aufbringen und das mag diese Leute mit Recht betrüben. Aber wir möchten den jüdischen Blatte doch raten, nicht so laut über die „Reaktion“ zu jammern, denn sie könnte sonst auch für das Zentrum kommen; eine Mehrheit im Reichstage ist vorhanden, sobald das Zentrum zustimmt. Selbstverständlich meinen wir nicht eine solche auf religiösem Gebiete, sondern im Wirtschaftsbere, wo eine große Mehrheit heute besteht, um einen recht fräftigen Mittelstandschutz durchzuführen zu können.

Die Reichsversicherungsordnung. Wie wir vor kurzem mitteilten, ist der Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der feinerzeit veröffentlicht wurde, nunmehr nochmals von den zuständigen Ausschüssen des Bundesrates durchberaten worden. Dabei soll der Entwurf mannigfache Hefgebende Änderungen erfahren haben. Am September soll dann, nach der „Deutschen Tageszeitung“, der Bundesrat selbst zu dem abgeänderten Entwurfe endgültig Stellung nehmen. Man soll in Regierungskreisen die Hoffnung hegen, daß schon der nächste Reichstag sich mit dem neuen Entwurfe werde befassen können. Bekanntlich ist der Entwurf ein überaus weitläufiges Werk. Er umfaßt beinahe 1800 Paragraphen. Er behandelt alle Versicherungsgebiete, sowohl die Kranken-, als auch die Unfall-, die Invaliden- und die Hinterbliebenenversicherung. Er hat die einzelnen bisher geltenden Gesetze zusammengeordnet, neue Versicherungen geschaffen, neue Organe und Organifikationen eingeführt; kurz, er ist ein Werk von gewaltiger Bedeutung, von gemaltigen Umfang. Angesichts dieser Verhältnisse halten wir den Wunsch für vollkommen berechtigt, daß auch der vom Bundesrat neuerdings abgeänderte Entwurf der Öffentlichkeit unterbreitet werde, ehe er dem Reichstag zugeht. Wir würden es für sehr bedenklich und sehr wenig zweckmäßig erachten, wenn man seine Erledigung irgendwie überhastet wollte. Während dieses ganzen Jahres hat die Reichsfinanzreform so im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden, daß auch diejenigen Kreise, welche ein ganz besonderes Interesse an der Versicherungsordnung haben, sich nicht eingehend und ausreichend damit befassen konnten. Deshalb muß ihnen die Möglichkeit der Stellungnahme der Aenderung und der Kritik nochmals gegeben werden.

Eine Spaltung der Nationalliberalen wüßte das „Berliner Tageblatt“, damit die Fusion aller Liberalen eintreten könne; vorerst sei es freilich ein Irrtum, zu glauben, daß diese Partei sich von heute auf morgen aus einer Filiale des Bundes der Landwirte in eine unbedingt zuverlässige Vertretung des Liberalismus gewandelt hätte. Die kleine, aber mächtige Partei in der Partei, die es so lange zu verhindern gewohnt habe, daß das Stener nach links gedreht werde, habe ein paar Haupter opfern müssen. „Was will das bedeuten angesichts der Tatsache, daß der Bund der Landwirte innerhalb der Partei im übrigen wahrscheinlich keinen Fuß breit Terrain verloren hat? Daß man ein prinzipielles Verbot für nationalliberale Parteimitglieder, zugleich dieser dem Liberalismus auf den Tod verfeindeten Organisation anzugehören, immer noch nicht zu erlassen wagt? Daß Herr Wassermann von einem guten Parteifreunde“ mandatsmüde gesagt wurde, während ihm selbst von solcher Müdigkeit noch nichts bekannt war, ist vielleicht schon ein Symptom! Es liegt ja auf der Hand, daß die einflussreichen Mitglieder der nationalliberalen Partei, deren siles Ideal die Kartellpolitik ist, von der neuesten Wendung der Dinge nicht befriedigt sein können. Wenn sich ihnen eine Gelegenheit bietet, werden sie sicher versuchen, die Partei aus der ihnen unbehaglichen „Umarmung der Linken“ wieder frei zu machen. Denn was man auch sagen mag: es war keine Entwicklung nur von innen heraus, es war deshalb auch kein entscheidender Sieg des liberalen Flügels, daß die Partei diesmal eine entschiedene liberale Politik mitwirkte. Denn der liberale Flügel gen und willig tat, das tat der reaktionäre nicht dem liberalen zu Liebe, sondern unter einem starken Druck von außen. Nachdem Bülow erklärt hatte, er mache keine Finanzreform gegen die Liberalen, konnte Wassermann umständlich wieder in die Bahnen von 1902 einsteigen. Nachdem sich wieder die Tyrannin des Landbundes der Nationalliberalen erhoben hatte, konnten die Nationalliberalen umständlich unter dem laudablen Joch durchziehen, das Zentrum und Agrarconservative auferzogen hatten. An Versuchen nunmehr, nachdem der Wochenspiegel ausgeschieden ist, die „alle Freundschaft“ wieder herzustellen, wird es aber ganz gewiß nicht fehlen.“ Das Blatt wünscht dann eine Spaltung der Nationalliberalen, damit sich eine rein liberale Partei mit 75 Mandaten bilden könne. Es kommen immer feineren Vorschläge zur — Einigung des Gesamliberalismus.

Wie die Sozialdemokratie über das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht denkt, das verrät deutlich eine Auslassung der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ in Essen. Das Blatt schreibt in einem Artikel „Immer mit Maß“ in Nr. 188 u. a.:

„Wenn wir das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht für alle gewählten Körperschaften verlangen, so tun wir es nicht deshalb, weil dieses Wahlrecht allein der Gerechtigkeit entspricht, sondern weil es den Klassenkampf der Arbeiter zu fördern geeignet ist, und weil schon der Kampf um dieses Wahlrecht ungemein aufreizend und aufstrebend wirkt, also wiederum ein Stimmittel im Klassenkampf ist. ... Es erfordert eben kein gemeinsames „Wahl der Gesamtheit“. Die Gesamtheit besteht aus einer Anzahl verschiedener Wirtschaftsklassen mit gegensätzlichen Interessen. Deshalb gibt es auch keine für alle herrschende Gerechtigkeit in politischen Dingen. Denn was der einen Gruppe nicht, schadet notwendig der anderen.“

Das ist ja recht interessant! Also nicht aus Prinzip ist die Sozialdemokratie für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht, weil es das gerechteste System ist, nein, nur deshalb, weil es für den Klassenkampf sich eignet, weil es sich für die Agitation verwenden läßt. Nach den letzten Sätzen der Essener „Arbeiterzeitung“ könnte man annehmen, daß die Genossen dieses Wahlrecht, wenn sie die Macht dazu hätten, nur auf Wohlverhalten in der Sozialdemokratie verleißen würden. Also auch mit dem Geheime der Sozialdemokratie nach dem allgemeinen, geheime und direkten Wahlrecht, wo es noch nicht besteht, ist es eitel Schwing.

„k. „Wehe wenn sie losgelassen!“ Nicht nur bei uns in Baden, sondern auch in anderen Staaten haben die „Genossen“ eine besondere Virtuosität darin, Kadaververammlungen zuwege zu bringen. Während aber bei uns die Sozialdemokraten kein brüderlich mit den Liberalen und Demokraten umgehen, ist dies anderwärts nicht der Fall. So wird von einer Versammlung, die in Essen an der Ruhr stattfand, und von der demokratischen Vereinigung gegen die Bierpreis-erhöhung einberufen war, berichtet, daß nach einem Antrag des „Genossen“ Otkamp, den Ueberstich des finanziellen Ergebnisses der Versammlung den Streikenden in Schweden zuzuwenden, ein wahrer Sturzbad losging. Die gebildeten „Genossen“ überboten sich in allerlei lebenswürdigen Burlesken, die widerzugeben, hier nicht der Platz ist.

Theater und Kunst.
Karlsruhe, 4. Sept. 1909.

● **Stadtgarten-Theater.** Der späte Beginn der Hoftheateraktion veranlaßte die Direktion Jagin nach Schluß des Sommertheaters das Berliner Hebbel-Theater für einige Tage zu einem Ensemble-Gastspiel einzuladen. Die Berliner Gäste gaben als erstes Gastspiel Bernard Shaw's „Liebhaber“. Bernard Shaw geht in den vier Akten seines Lustspiels mit seiner Satire jene zahlreichen Anhänger Jbians unter der englischen Damennwelt, die nur deshalb für Jbians schwärmen, weil sie „modern“ sein wollen, im Grund ihres Herzens aber weder modern sind, noch recht wissen, was Jbians will. Shaw ist wie Jbians, zu dessen verehrten Anhängern er zählt, Gesellschaftskritiker, nur bedient er sich der Satire. Seine Lustspiele, obwohl von eckigster Reife, behandeln tiefere Fragen. Die Damen, mit denen wir in Shaw's „Liebhaber“ bekannt werden, mögen anfangs zum Lachen reizen. Wer weiß, welche Wirkung Jbians Charaktere auf uns üben, und gerade in der gebildeten Welt, wird das Lachen sich bald einhellen. Diese Julia Craven und Grace Tranfield existieren nicht nur in Shaw's „Liebhaber“... Durch aufhaltende Beschäftigung mit Jbians haben sie sich, wenn auch vielleicht unbewußt, eine Nora, Hedda Gabler o. a. zum Vorbild genommen und werden so mehr oder weniger zu Karrikaturen Jbianscher Personen. Unwillkürlich zieht man Vergleiche mit Nora. Dieselbe Sprache, dieselben Gedanken, bisweilen sogar dieselbe äußere Gestaltung finden wir bei Grace Tranfield und Julia Craven. Nur daß sich die eine mehr, die andere weniger gut anshimmt in ihrer hypermodernen Rolle und so natürlich um so beklüglicher wirkt.

Als die Versammlung, die im städtischen Saalbau stattfand, dann unter dem Loben der wackeren Sozialdemokraten, die nicht auf ihre Rechnung gekommen waren, geschlossen worden war, hatte der Versammlungsleiter alle Mühe, sich auf Umwegen durch den Stadtgarten in Sicherheit zu bringen. Im Nordtor des Saalbaues küßten dann einige besonders heißblütige Gemüter ihre Mut auf einem als Berichterstatter tätigen Herrn, den sie ehemals zu den ihrigen zählten, und der ihnen den Rücken zu kehren gezwungen worden ist, weil er nach Art des Genossen Bernheim behandelt wurde. Ueber obiges sozialdemokratisches Praxourstückchen in einer demokratischen Versammlung berichtet ein unparteiischer Berichterstatter:

„Am Schluß der Versammlung kam es schließlich noch zu einem aufregenden Tumulte. Von sozialdemokratischer Seite war der Antrag gestellt worden, den Ueberstich aus dem eingenommenen Eintrittsgeld (der demokratische Verein hatte 20 Pfg. Eintrittsgeld erhoben) den Streikenden in Schweden zu überreichen. Redakteur Wallen von dem „Allg. Beobachter“, der Leiter der Versammlung, widersetzte sich diesem Antrage mit dem Bemerkung, daß über die Verwendung des Geldes allein die Einberufer, also der demokratische Verein, zu bestimmen habe. Als Redakteur Wallen dann unter lauten Protestrufen gebungen der Sozialdemokraten die Versammlung schloß, führte die ganze Masse zum Vorstandstische, wo der Vorstand des demokratischen Vereins dann in arge Bedrängnis geriet. Der Versammlungsleiter wurde mehrmals umringelt als Hinandgedrängt, man versuchte ihm den Kopf anzuhaften, um ihn die Tische zu revidieren. Die Schär der Empörung verlor die städtischen Demokraten bis in die Saalbauklosetts, wo Witte und Kellner die verärgerten Biertrinker in Schutz nahmen und der unruhigen Szene ein Ende machten. Inzwischen wurde an einer anderen Stelle des Saalbaues ein abtrünniges Mitglied der sozialdemokratischen Partei verprügelt, das während der Versammlung als Berichterstatter am Redeltische gesessen hatte. Für die zahlreich anwesenden Vertreter des Wirtschaftsstandes und der Brauereien bedeutete dieser unerwartete Ausgang der Parteiversammlung gegen die Bierpreis-erhöhung natürlich ein unbeschreibliches Gaudium. Der Leiter der Versammlung aber sorgte etwas später, den so hart bedrängten Ueberstich sorgsam in den Sälen seiner Loge bedeckend, auf Umwegen den heimischen Beneten entgegen.“

Und selbst der der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ feindliche „Allg. B.“ schreibt: „Als der Versammlungsleiter sich trotz aller gegen das Publikum anstimmenden Genossen weigerte, den sozialdemokratischen Entwurf zur Abstimmung zu bringen, verübten die Leute ein Unkraut (sog.) einen so infernalisches Vorn, daß der Vorsitzende die Versammlung für geschlossen erklärte. Ueberaus unfaßbar haben sich nach Schluß der Versammlung Befürworter derselben dem Versammlungsleiter gegenüber betragen, indem man, zu sehr, ihn offen anzugreifen, ihm im Gedränge Pässe und Fußtritte verfehte.“

Man sieht also aus alledem, daß sich die Genossen wie die wilden Heros benommen haben und zwar ihren nächstbesten Feinden gegenüber. Das kommt von der sozialdemokratischen Erziehung. Milde und Unwahrhaftigkeit führt zur Rohheit, wie sie ja auch in Baden von den Genossen gegenüber mißliebigen Gegnern praktiziert wird.

Ausland.
● **Balkanstaaten.** Die Ruhe in Albanien wiederhergestellt. Nach Meldungen aus Ueshue und Mitrovica ist es gelungen, die Ruhe in ganz Albanien wieder herzustellen. 35 albanische Rebellenführer wurden als Gefangene nach Ueshue eingeliefert.

● **Frankreich.**
= **Oberst Renard über den Luftkrieg.** Oberst Renard, Direktor des Luftschiffeparties in Calais-Reuillon, hatte vor einiger Zeit einen Artikel über den „Luftkrieg“ veröffentlicht, dem man jetzt erst die verdiente Beachtung zu schenken scheint, vielleicht, weil über eine verifizierte Skizze berichtet wird, die bei Krupp in Essen zur Verfertigung der Luftschiffe gebaut worden sein soll. Nach der Darstellung Renards ist man, wie wir der „Kocher Volksstimme“ entnehmen, von einer wirksamen Verwendung der Luftschiffe, von den Flugmaschinen gar nicht zu reden, noch weit entfernt. Erklärlich wäre es nicht leicht, aus der Gondel eines Ballons ein Ziel, das man sich vornähme, zu treffen, und dann würde nach jedem Schusse der um eine Granate leichter gewordene Ballon rasch steigen. Auch ist es fraglich, ob, wenn man sich auch noch so leichte Kanonen mitnehmen könne, das Abschleichen für den Ballon nicht schädlich sei, weil ein Rückschlag trotz aller Vorsicht möglich ist. Um andererseits den Schüssen von unten zu entgehen, müßte ein Luftschiff in der Höhe von 1500 Metern halten können. Das dürfte mit der Zeit möglich sein, ist es aber heute noch nicht. Von einer solchen Höhe kann für die Flugmaschine jetzt noch gar nicht die Rede sein, da sie gewöhnlich

unter 100 Meter fliegen und nur ganz ausnahmsweise sich bis 150 Meter hoch über der Erde bewegen. Doch sind auch auf diesem Gebiete noch Fortschritte nicht nur möglich, sondern sicher.

Rußland.
● **Die Ermordung des bekannten Pflanzers Gapon** fand, wie jetzt russische Blätter nach dem Nachrichtenbericht des bekannten Revolutionärs „Martin“ alias Jngen. Autenberg, mitteilen, unter folgenden Umständen statt: Autenberg wählte in Dierk eine Villa und hatte zum 28. März mehrere Anhänger Gapons zu sich geladen. Gapon hatte Autenberg 100 000 Rubel für den Verrat der Kampforganisation offeriert. Die Arbeiter waren in der Villa versammelt und hörten den Schacher um ihr Leben an. Gapon hat jetzt nur noch 25 000 Rubel. Autenberg warnte ihn: es könne ihm, falls die Arbeiter sein doppeltes Spiel und den Konflikt, daß er für die Geheimpolizei arbeitet, erfahren, sehr schlecht gehen. Doch Gapon meinte, die würden es doch nicht erfahren. Nun entfernte sich Gapon ins Klosett und ließ sich mit einem Arbeiter zusammen, der dort Wache stand. Gapon sagte ihm am Stragen und rief: „Der hat gehört und muß getötet werden.“ In diesem Augenblick zeigte sich die anderen Arbeiter und Gapon wurde gebunden und erwürgt.

Nach derselben Quelle soll Autenberg die zweideutige Rolle Wess längt durchschaut und daher sich demütigt haben, den Schwerpunkt der terroristischen Tätigkeit vom Komitee der Kampforganisation auf einzelne selbständige fliegende Kolonnen zu verlegen, die häufig ohne Wissen des Komitees, in dem Wess saß, vorzugehen pflegten. Bei der Entlarvung Wess soll Autenberg eine große Rolle gespielt haben.

● **Schmiergelberaffäre.** Kapitän Stalsti sowie Ingenieur Woronow sind vorzeitig vom Dienst ausgeschlossen worden. Sie verlangten bekanntlich von der Danziger Schiffswerft Schidau 10 Prozent für ihre Vermittlung für die Abnahme von vier Schiffen der russischen Freiwilligenflotte. Der Präsident der genannten Flotte, General Nalow, suchte die Angelegenheit zu vertuschen. Dagegen schritt das Handelsministerium ein und verlangte eine neue Untersuchung.

Afrika.
= **Verlust des englischen Königsparades in Südafrika.** In der Bürgerstadt Kapstadt ist der Gedanke angeregt worden, den König und die Königin von England als Gäste Südafrikas zur Eröffnung des ersten Unions-Parlamentes einzuladen. Die Regierung lehnt es ab, die Initiative zu ergreifen und erwartet vielmehr in dieser Hinsicht eine spontane Kundgebung der südafrikanischen Bevölkerung. Ein Präzedenzfall für eine Kolonialreise des regierenden Fürsten liegt nicht vor, jedoch steht der Schaffung eines solchen Präzedenzfalls in Anbetracht ganz besonderer Umstände — mit Genehmigung der verantwortlichen Mächte des Königs — nicht entgegen. Die Wirkung und Bedeutung einer Staatsreise der britischen Majestäten auf dem Boden des neuen großen geeinigten Kolonialreiches ist vorberhand kaum abzusehen.

● **Die Warten der Gefangenen in Jez.** Die Grausamkeit, mit der Mulaq Hafid seine überwindenen Gegner für ihre Treue gegen den Präsidenten bestrafte, bildet ein Augenzeugen, der auf dem hellsten Szenen mit angesehen hat: Die Soldaten Mulaq Hafids nahmen vor dem Palaste Parade-aufstellung und dann erschien der Sultan mit seinen Begleitern. 200 Gefangene, halbnaakte Gestalten, die durch Seile von Nadeln zu Nadeln aneinander gereiht waren, wurden am Sultan vorübergeführt. In gleicher Zeit brachte man eine Reihe Körbe auf den Platz, die mit abgeschlagenen Köpfen gefüllt waren, dann die 32 Frauen, die den Harem des Präsidenten bildeten, sowie das erbeutete Staatsgeschloß, seinen Thron — einen halb zerfetzten Armstuhl aus rotem Samt — einige Maultiere und Kühe, kurz alle Kriegstrophäen. Am Nachmittag nahmen die Truppen wieder Paradeaufstellung ein, in drei Reihen flankierten sie den Platz in Richtung auf die alte Stadtumwallung und das Tor. Ueber dem Tor sah man 75 abgeschlagene Köpfe, einige schwarze, andere weiß, alle mit dem Nadeln auf Lanzen gepießt. Aber was folgte, war noch schlimmer. Unter dem Lärm an der Mauer hockten 24 Gefangene, über und über mit schweren Eisenketten behangen. Es waren die gefangenen Hauptlinge. Soldaten umgaben sie als Wächter. In der Nähe brodelte ein großer Kessel mit Koch, um den sich die Barbieren der Stadt versammelt hatten. Einer nach dem anderen wurden die Gefangenen ihrer Ketten entledigt und von den Soldaten zu den Barbieren geschafft, die als Senker fungierten. Die rechte Hand wurde freigegeben und dann am Handgelenk mit einem Rasiermesser abgetrennt. Der blutende Armstumpf wurde in lodendes Koch gesteckt. Alle Gefangenen ertrugen die

Kirchliche Nachrichten.
= **Heidelberg.** Die Nachricht der „Schweiger Zeitung“ über die Beschaffung der Jesuitenpater in Heidelberg ist durchaus unzutreffend. Es ist überhaupt noch gar keine Entscheidung in der Angelegenheit getroffen worden.

ca. **Das Missionsloster Mariannhill in Natal (Südafrika)** wurde durch ein jetzt bekannt gewordenes Dekret der römischen Kongregation für Ordensleute vom 2. Februar 1909 vom Orden der Reformierten Zisterzienser getrennt und als selbständiges Missionsloster proklamiert. Die Mariannhiller Mönche heißen nunmehr „Ordensmissionäre von Mariannhill“. Sie legen einfache, jedoch einige Gebote ab und machen in Mariannhill ihre Studien. Die Leitung des Klosters liegt in den Händen eines Propstes, dem ein Rat von drei Dekanen und das Generalkapitel zur Seite stehen. Bischof Dr. Giller, apostolischer Vikar von Natal und apostolischer Visitator von Mariannhill, der das römische Dekret am 28. Juli der versammelten Klostergemeinde feierlich mitteilte, ernannte in Auftrage des hl. Stuhles den früheren Abt Gerard Wolpert zum ersten Propst von Mariannhill. Die Nachfolger des ersten Propstes werden von den Ordensleuten selbst gewählt. Die Ordenskirche wurde zu einer Kollegiat- oder Stiftskirche mit Chor-gebet erhoben und das Kloster direkt dem hl. Stuhl unterstellt. So können sich die Mariannhiller Mönche nunmehr ganz ihrem segensreichen Missionswerke widmen, dem Zweck, dem der verjüngte Abt Franz Wagner vor nunmehr 29 Jahren die Zisterzienserabtei Mariannhill unter unsagbaren Opfern gegründet hat. Alle Freunde des Missionslosters Mariannhill werden die neuen und durch die Verhältnisse notwendig geworden Bestimmungen des Apostolischen Stuhles freudig begrüßen.

gräßliche Marter mit stolzer Selbstbeherrschung nicht ein einziger Schrei kam von ihren Lippen. Einige stiegen mit verachtungsvoller Gebärde die Hände den Senkern entgegen; nur ein wenig wandten sie den Kopf zur Seite, um nicht selbst Augenzeuge der Verfümmelung zu werden. Vier der Gefangenen wurde auch der linke Fuß abgeknippt. Einige wurden ohnmächtig und mehrere starben an Blutverlust. Die Ueberlebenden schleppten man in Ketten zum Gefängnis zurück. Bei jeder Hand und jedem Fuß, der abgeknippt wurde, erklangen triumphierende Trommelschläge... Da hat man ja einen netten „Verbündeten“!

Baden.
Karlsruhe, 4. September 1909.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat den Aktuar Alfred Klein und den Aktuar Adolf Breunig beim Amtsgericht Lahr zum Notariat Bergergericht Karlsruhe etamäßig angeteilt und den Registratur August Frenthaler zum Kammerverwalter bei den Notariaten I bis III in Mannheim ernannt, den Sekretär Joseph Engelmann beim Landgericht Konstanz zum Landgericht Mannheim berief, den Notariatsassistenten Oskar Ege in Konstanz zum Sekretariatsassistenten beim Landgericht Lahr ernannt, den Registratur Hermann Wollhard bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Amtsgericht Forstheim, Emil Kiedlein beim Oberlandesgericht zur Staatsanwaltschaft Karlsruhe und Anton Peters beim Landgericht Mannheim zum Oberlandesgericht berief. Mit Entschliegung Großh. Ministeriums des Innern wurden berief: Meijer Wilhelm Herzel in Bruchsal zum Bezirksamt Heß; die Residenten: Franz Böcherer in Bonndorf zum Bezirksamt Karlsruhe, Fr. Hofstetter in Reß zum Bezirksamt Offenburg, Emil Fündstein in Konstanz zum Bezirksamt Bruchsal, Friedrich Giltardson in Engen zum Bezirksamt Offenburg.

Die Forst- und Domänenverwaltung hat den Expedienten Konrad Waibler bei Großh. Forst- und Domänenverwaltung zum Residenten bei dieser Behörde ernannt. Die Post- und Steuerdirektion hat den Buchhalter Jakob Hagen in Forstheim zum Jahr berief.

Mit Entschliegung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurde Betriebsassistent Karl Baumgartner in Herbolzheim nach Freiburg berief.

„Für welche Schule ist nun das badische Zentrum?“

Diese Frage stellt der „Bad. Landesbote“ im Anschluss an unsere Antwort auf seinen Notizbrief. Die badische Simultan- und Volksschule in Gefahr. Der „Badische Landesbote“ (Nr. 205) teilt unsere Bemerkungen auszugswiese seinen Lesern mit und schreibt dazu: „Ist das eine Antikost? Nein, das sind Nebenarten jenes Schreiers, der keine Antwort geben will.“

Die Tatsache bleibt: Nach den Forderungen des Landes- und anderer Katholikentage auf dem badischen Zentrum die konfessionelle Schule fordern. Es wird sie fordern, wenn ihm das badische Volk durch eine Mehrheit die Legitimation dazu gibt.“

Was wir schon das letzte Mal sagen, wiederholen wir heute: das deutsche Zentrum, also auch das badische, steht prinzipiell auf dem Standpunkt der konfessionellen Schule. Trotzdem sieht das badische Zentrum in Anbetracht der besonderen Verhältnisse davon ab, auf die Einführung zu verzichten. Das ist die Stellung des badischen Zentrums zur konfessionellen Schule. Im übrigen mußte der „Bad. Landesbote“ wissen, wie sich der jetzige Führer des Zentrums, Wacker, im Jahre 1902 bei der Schuldebatte darüber ausgeprochen hat. Wacker sagte damals (6. Juni 1902):

„Ich werde Ihnen nicht zu sagen brauchen, daß wir Freunde der konfessionellen Schule niemals waren, nicht sind und niemals sein werden. Aber das glaube ich auch nicht besonders betonen zu müssen, daß konfessionelle Schule und konfessionelle Schule nicht das gleiche ist. Es kommt sehr darauf an, mit welchen Konsequenzen das Prinzip der konfessionellen Schule praktisch betätigt wird. Es kommt auch sehr darauf an, da, wo eine konfessionelle Schule besteht, wie man die Konsequenzen aus derselben zieht. Und je nachdem der Fall so oder so ist, können auch die Gegner einer konfessionellen Schule den tatsächlichen Zustand mehr oder weniger erträglich finden.“

Ich wünsche aber nicht, daß jemals von diesen Vätern aus oder aus der Mitte dieses Saales heraus die Initiative dazu (d. h. zu einer Abänderung der bestehenden Verhältnisse) ergreifen wird.“

Wenn im Zentrum auch gegenwärtig niemand daran denkt, den jetzigen Zustand zu ändern, so haben wir doch keinen Grund, mit unserer prinzipiellen Ueberzeugung hinter dem Berge zu halten. Und wenn der „Bad. Landesbote“ uns einwendet: Aber später führt das Zentrum die konfessionelle Schule ein, so antworten wir: Ueber das, was über die absehbare Zeit hinausliegt, reden wir nicht, weil das Zentrum im Gegenfall der demokratischen Partei Politik treibt unter Veräußerung der gegebenen Verhältnisse.

Der „Bad. Landesbote“ sagt in vorurteilvollem Tone: „Es wird sie fordern, wenn ihm das badische Volk durch eine Mehrheit die Legitimation dazu gibt.“ Wir meinen bis jetzt, das Majoritätsprinzip sei einer der ersten demokratischen Grundsätze. Oder soll das Majoritätsprinzip nur dann in Kraft treten, wenn der Liberalismus am Ruder ist? — Wenn dem Zentrum einmal durch das badische Volk die Legitimation zur Einführung der konfessionellen Schule gegeben wäre, dann würde das Zentrum Verrat an seinen Wählern üben, wenn es von seiner Majorität keinen Gebrauch machte.

Im übrigen begnügen wir uns mit der Konstatierung, daß der „Bad. Landesbote“ von einer Verpflichtung des Zentrums spricht, für die Verwirklichung der Forderungen des Katholikentages einzutreten, die tatsächlich nicht besteht.

Für uns ist der Fall hiermit erledigt.

○ **Der „Volkstreund“**

Jeht keine persönlich geschäftige Kamfweise gegen den Abgeordneten Welzer schon wieder fort, nachdem kurze Zeit Ruhe war, wohl infolge der Ankündigung, daß wir Herrn Polz bei „unter die Lupe nehmen“ mit alledem Minze heimzahlen werden. Anlaß zu neuem Boltern gegen Herrn Welzer gibt dem „Volkstreund“ unser Bericht aus Nu über das Benehmen der Welfer-Genossen in der Zentrumsversammlung in Neuburgweiler bzw. Nu a. Rh., am dem Welzer „so sicher als zweimal zwei vier ist, nicht unzulässig“ sei. Herr Welzer ist in der Tat unzulässig an diesem Bericht und hat mit demselben absolut in keiner Weise etwas zu tun. Aber der „Volkstreund“ braucht wieder einen Grund zum Schenken gegen Welzer und darum läßt er an ihm sein Mitteln

Für unsere Küche ist nur das Beste gut genug!

sagt die erfahrene Mutter zu ihrer Tochter. Wir verwenden deshalb nur das **echte MAGGI**. Dann wissen wir, was wir haben!

Sonderliche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau.

Soeben sind erschienen und können durch die Unterzeichneten bezogen werden:

Grabmann, Dr. M., Professor am Bischöf. Lyzeum zu Eichstätt. **Die Geschichte der scholastischen Methode.** Nach den gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt. gr. 8^o. I. Band: Die scholastische Methode von ihren ersten Anfängen in der Väterliteratur bis zum Beginn des 12. Jahrhunderts. (XIV und 354) M 5.60; geb. in Kunstleder M 6.80. Dieses Werk will ein tieferes Verständnis der Gedankenwelt der Scholastik vermitteln. Band II wird die Weiterentwicklung der scholastischen Methode in der Frühcholastik, Band III deren Vollendung in der Ära der Hochcholastik behandeln.

Gredt, P. J., O. S. B., Elementa Philosophiae Aristotelico-Thomisticae. Vol. I: Logica, Philosophia Naturalis. Editio altera, aucta et emendata. gr. 8^o (XXVI u. 496) M 7.40; geb. in Kunstleder M 8.60. Dieses zwei Bände umfassende Werk ist sowohl für drei- als für vierjähriges Philosophie-Studium eingerichtet. Bei aller Kürze die grösste Klarheit zu erreichen, ist dem Verfasser nach dem Urteil der Presse in hohem Masse gelungen.

Meißner, M., S. J., Leitgedanken katholischer Erziehung. Zweite Auflage. (Gesammelte kleinere Schriften, 2. Teil.) 8^o (VI u. 156) M 1.80; geb. in Leinwand M 2.40. Inhalt: Verstandesbildung — Bildung des Willens — Bildung des Herzens — Erziehung und Bildung der Phantasie — Bildung des Charakters — Erziehung und Heranbildung des Leibes.

Sauter, Dr. V., O. S. B., Die Feiertagsepisteln im Anschluss an die „Sonntagsepisteln des Herrn“. 8^o (VIII u. 580) M 5.40; geb. in Leinwand M 6.40. Wie in der „Sonntagsepisteln des Herrn“ (Erläuterung der Sonn- und Feiertagsepisteln 2 Bände M 6.—; geb. M 8.—), den „Evangelien der Fastenzeit“ (M 4.—; geb. M 5.—) und den „Sonntagsepisteln“ (M 4.—; geb. M 5.—) wählt der Verfasser auch bei Erläuterung der Feiertagsepisteln vertraute Form des Zwiegesprächs zwischen Meister und Schüler. Es sind Bücher voll edler Erhabenheit und demütigen Reiferesses.

Schumacher, Prof. J., Religions- und Oberlehrer am kat. Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Köln, Hilfsbuch für den katholischen Religionsunterricht in den mittleren Lehrgangsstufen. 3 Teile. 8^o (XXIV u. 206) M 2.05; geb. in einem Leinwandband M 2.45. II. Kirchengeschichte in Zeit- und Lebensbildern. Vierte und fünfte, verbesserte Auflage. Mit 17 Abbildungen und einem Karten. (VIII u. 84) Steif broschiert 75 Pf. — Früher sind erschienen: I. Abhandlung zur biblischen Geschichte. 2. u. 3. Aufl. 60 Pf. — III: Der kirchliche Gottesdienst. 2. u. 3. Aufl. 70 Pf. Für die Brauchbarkeit dieses „Hilfsbuches“ zeugt der Umstand, dass es bereits in über 80 Anstalten (Gymnasien, Progymnasien, Realgymnasien, Realhörschulen, Rektoratsschulen, Höch. Mädchenschulen, Lehrerinnen-Seminaren, Präparandenhörschulen) eingeführt ist.

Stolz, Alban. — Bilder zur christkatholischen Glaubens- und Sittenlehre aus den Schriften von Alban Stolz. Geistlichen und Lehrern sowie dem christlichen Volke gewidmet von Dr. A. Zelch. 8^o (XVI u. 452) M 3.20; geb. in Leinwand M 4.—. Aus dem unerhöhllichen Reichtum an Beispielen zur Glaubens- und Sittenlehre in den Schriften von Alban Stolz ist hier eine systematisch geordnete Auswahl getroffen. Diese ergreifenden „Bilder“ werden sowohl dem Seelsorger und Lehrer die besten Dienste leisten als auch dem christlichen Volke zur Befähigung im religiösen Leben dienen können.

Literarische Anstalt. Freiburg im Breisgau. Sonderliche Buchhandlung. Karlsruhe, Herrenstraße 34. J. A. Wolf'sche Buchhandlung. Tausendbüchereiheim.

Grossherzoglicher Hoflieferant
Hoflieferant J. M. der Königin von Schweden
FRIEDRICH BLOS
F. Wolff & Sohn's Détail-Parfümerie
Kaiserstrasse 104 = Karlsruhe = Ecke der Herrenstr.
Fernsprech-Anschluss Nr 213
empfiehlt reichhaltige Auswahl in allen Preislagen:
Moderne Schmuck-Gegenstände, Fächer jeder Art.
Feine kunstgewerbliche Gegenstände.
Fantasia-Möbel, Luxus- und Galanterie-Waren.
Reise-, Leder-, Bronze-, Haushalt-Artikel.
Majolika-, Zinn-, Porzellan-, Holz-, Glas-Waren etc.
Toilette-Artikel, Parfümerien, Toilette-Seifen.
Fortwährend Eingang von Neuheiten.

Strassburger Höhere Bildungsanstalt
(eh. Volkshochschule Bartholdy) Regenbogengasse 10.
Einjähr., Prima, Abitur., Assist., Sekret.
Tag- und Abendkurse. Mit und ohne Pension.
Prospekt gratis.
Im letzten Schuljahr bestanden von 47 Kandidaten 46.
Eintritt jederzeit. Wintersemester 1. Oktober. **Dir. Reiff.**

Spöhrer'sche
Höhere Handelsschule Calw im würt. Schwarzwald.
Pensionat.
Institut I. Ranges für Handelswissenschaften.
Sechsmontatliche Fachkurse.
Akademikura. Prakt. Übungskontor.
Sechsklassige Realschule. Vorbereitung für das Einjähr.-Examen.
Ausländerkurs. Neuerbaute Waldschule.
Gegründet 1876. — Bitte genaue Adresse.
Prospekte durch Direktor Weber.
Neuaufnahme 6. Oktober 1909.

Reich-Haltige Auswahl
in Herbst- und Winter-Neuheiten.
Eleg. Herrenmoden-Massanfertigung.
Feine Ausführung. Mässige Preise.
Fr. Ehrmann,
Ph. Knapp Nachf., Markgrafenstrasse 41,
Ecke Kreuzstrasse.
Früher mehrjähriger Zuschneider in
Frankfurt a. M. — Wien — Köln a. Rh.

Gr. Kunstgewerbeschule Karlsruhe.
Beginn des Schuljahres 1909/10: Dienstag, den 12. Oktober 1909. I. Fachschule für Schüler und Schülerinnen: Architektur, Bildhauer, Tischler, Dekorationsmaler, Glasmalerei, Keramik, Musterzeichner, Zeichenlehrer-Klasse; II. Winterschule für Dekorationsmaler; III. Abendchule (für Gewerbegehilfen). Anmeldungen schriftlich bis 15. September mit von der Direktion zu beziehenden Anmeldebogen. Prospekt gratis.

Für's Manöver
empfehle:
Dauer-Wurst
Delikates-Schinken
Fleisch-Konserven mit und ohne Gewürzschinken
Hardellen- und Anch.-Butter in Tuben
gebrat. Geflügel
Schokolade etc.
Herm. Munding
Hoflieferant
110 Kaiserstrasse 110.
Prompter Versand.

Zur Einquartierung
bringe mein großes Lager in:
Glas, Porzellan, Bestecke, Waschgarnituren, eiserne Waschtänder sowie sämtliche Haus- und Küchengeräte in empfehlende Erinnerung.
N. Hebeisen
Werderplatz 36. Telef. 1685.
Klauprechtstr. 2. " 2749.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Hofkönigsburger Geldlotterie.
Ziehung 21.—23. September
von 380 000 Mk. bar.
Samptrichter 80 000, 50 000, 40 000, 30 000, 20 000, 10 000 Mk. usw.; 200 000 Gewinne. Lose à 3.— Mk. Porto und Liste 30 Pf. empfiehlt
Carl Götz,
Bankgeschäft, Karlsruhe.

Privat-Lanzlehr-Institut
Hermann Vollrath, Karlsruhe,
235 Kaiserstrasse 235.
Einzel-Unterricht. — Nachmittags- und Abend-Kurse.
Gef. Anmeldungen erbeten.

Red Star Line
Rote Stern Linie
Postdampfer von
Antwerpen
nach
New York
und
Kanada
Auskunft erteilen:
Red Star Linie in Antwerpen
oder deren Agent
Richard Graebener, Kaiserstrasse 199a, Eingang Waldstrasse, Karlsruhe.

Pension findet Schüler
bei Professor. Villa mit Garten. Gewissenhafte Nachhilfe. Unmittelbare Nähe von Karlsruhe. Offerten unter Nr. 503 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Welcher kathol. Pfarrer nimmt einen **15jährigen Franzosen**, der Deutsch lernen will, in Pension und Unterricht? Angebote unter Nr. 502 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Fräulein, 20 Jahre alt, das halbjährige zu vervollkommen wünscht, sucht nach auswärts Stellung in besserer, katholischer Familie als **Stütze der Hausfrau**. Dasselbe ist linderliebend, musikalisch, spricht französisch und würde die Verantwortung der Kinder übernehmen. Familienanschluss Bedingung. Angebote unter Nr. 504 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zahlungs-Aufforderung.
Die katholische Kirchensteuer betr.
Diejenigen Steuerpflichtigen, welche mit ihren Zahlungen an **allgemeiner und örtlicher Kirchensteuer für das Jahr 1909** noch im Rückstand sind, werden ersucht, ihre Schuldigkeit innerhalb 8 Tagen zu entrichten, da sonst gegen die Säumigen das vorgeschriebene Verwaltungsverfahren eingeleitet werden dürfte.
Kirchensteuerpflichtige, welche für das Jahr 1909 etwa keinen Forderungszettel erhalten haben, werden um Mitteilung hierüber an den Unterzeichneten gebeten.
Karlsruhe, den 1. September 1909.
Katholische Kirchensteuerkasse.
Seiberlich.
NB. Die Kirchensteuerkasse befindet sich nach wie vor Ständehausstrasse 1.

Phönix & Pfaff-Maschinen
beste deutsche Fabrikate
:: Reparaturwerkstätte ::
Georg Mappes,
Karlsruhe,
nur Karl-Friedrichstrasse 20.
Schreibmaschinen, Kassenschränke.
Orig. Pfeil-, Germania- und Diamant-Fahrräder.
„LA MOTOSACOCHE“, leichtes Motorrad.

Bei Einkauf u. bei Bestellung
von Waren bitten wir unsere verehrl. Leser und Leserinnen, in erster Linie diejenigen Geschäftsleute zu berücksichtigen, die im **Badischen Beobachter** inserieren lassen. Dabei wolle man sich stets auf Inserate dieser Zeitung berufen. Nur auf diese Weise erkennt ein Teil der Geschäftswelt den Vorteil des Inserierens in unserem Blatte und sieht sich zur Erneuerung der Aufträge veranlasst.

Beliebt
bei Allen ist die allein echte:
Stechenpferd-Filienmild-Seife
v. Bergmann & Co., Rabenau, denn diese erzeugt ein zartes reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aussehen, weiche samtweiche Haut u. schönen Teint. à St. 50 Pf. bei Carl Roth, Hofbräuerei, Herrenstr. 26. S. Bieler, Kaiserstr. 223. Jul. Dehn Nachf., Fähringerstr. 55. W. H. Fischer, Amalienstr. 19. sowie in allen Apotheken.
Kupferschmiede :: :: Verzinnerei
Rohrleitungen aller Art
Fr. Treiber,
18 Klauprechtstrasse 18.
3—20 Mk. täglich können Personen jeden Standes verdienen. Nebenverdienst durch Schreibarbeit, bürokr. Tätigkeit, Vertretungen, usw. Näher. Erwerbszentrale in Frankfurt a. M.
Zuschneiderei für Damenschneiderei
Privat und Beruf. Gründliche Ausbildung im Zuschneiden, Aufpassen, Köllimmen nach unübertroffener neuer Methode. Näheres für angehende Damen, in welchen die Arbeit angelehrt, geübt und anprobiert wird. Schnittverkauf nach persönlichem Maß. Näheres durch Prospekt.
M. Egenolf,
akadem. gepr. Zuschneidelerherrin,
35 Waldstraße 35.

Naturweine
Markgräfler und Kaiserthaler Weine
offiziert blüht **Mathias Niebel, Freiburg i. Breisgau.**
Verordneter Mostweinteilerant.